

Musik, Fahnen und Reden zum Antikriegstag

Ein wenig anders als sonst ist in diesem Jahr der Antikriegstag abgelaufen. Und das hatte zwar auch, aber nicht nur mit der Pandemie zu tun. Denn für Dienstag hatten sich die Organisatoren neben einem anderen Ort für ihre Kundgebung auch einen anderen Ablauf ausgedacht: Statt wie traditionell auf dem Marktplatz hatten sich die Demonstranten am Mittag auf dem Vorplatz auf der Altmannshöhe hinter der Kunsthalle versammelt; und statt Rede an Rede wurde das Programm von dem Schauspieler Peter Lüchinger und dem Musiker Willy Schwarz begleitet. Im Zentrum stand aber auch in diesem Jahr das Engagement von Gewerkschaften, Friedensorganisationen, Bildungseinrichtungen und Kirchen, sich für ein weltweites Zusammenleben ohne Krieg und Aufrüstung einzusetzen – auch 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges. In Bremen wird der Antikriegstag vom DGB und dem Bremer Friedensforum veranstaltet. DGB-Chefin Annette Düring: „Es ist irrsinnig in Zeiten einer Pandemie, einer drohenden Klimakatastrophe und wachsender sozialer Ungleichheit noch mehr Geld in Waffen und Rüstung zu stecken.“ Das Geld solle dahin fließen, wo es wirklich gebraucht werde: In das Gesundheits- und Pflegesystem, in die Schulen, in Projekte gegen den Klimawandel und in den sozialen Wohnungsbau. TEXT: BEM/FOTO: KUHAUPT



Es fällt immer auf,
wenn jemand über Dinge redet,
die er versteht.

HELMUT KÄUTNER (1908 – 1980)

Waffengesetz verschärft

Dokumentation in Register

Bremen. Am Dienstag ist bundesweit eine Verschärfung des Waffengesetzes in Kraft getreten. Dabei geht es um eine verbesserte Nachverfolgung von Waffen sowie die Dokumentation einzelner Bestandteile im Nationalen Waffenregister. Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) unterstützt den Vorstoß ausdrücklich, wie es in einer Mitteilung heißt. Ziel der Verschärfung sei, dass sämtliche Vorgänge von der Herstellung einer Waffe über ihren Verkauf oder einen Besitzerwechsel bis hin zur Vernichtung der Waffe dokumentiert werden müssen. „All diese Änderungen sollen die Beschaffung und Nutzung von Schusswaffen für kriminelle und terroristische Ziele erschweren“, so Mäurer. Zugleich solle mit der Gesetzesänderung mehr Rechtssicherheit für rechtstreuere Jäger sowie Sportschützen und andere legale Waffenbesitzer geschaffen werden.

10 456 legale Waffen in Privatbesitz

Bremen habe sich im vergangenen Jahr bereits dafür ausgesprochen, dass die Regelabfrage künftiger Waffenbesitzer beim Landesamt für Verfassungsschutz in die Gesetzgebung mit aufgenommen wird. Dies sei seit Februar in Kraft – ebenso wie die erleichterten Möglichkeiten von Kommunen, an besonders sensiblen oder belebten Orten in einer Stadt sogenannte Waffenverbotzonen einzurichten. Auch dafür habe sich Bremen eingesetzt, die Prüfung solcher Örtlichkeiten solle nun angegangen werden.

Die Waffenbehörde hat laut Innenressorts bislang 737 Anfragen beim Landesamt für Verfassungsschutz gestellt: 556 Mal hat das Landesamt grünes Licht gegeben, 181 Fälle befinden sich demnach noch in der Prüfung. Zudem wurden seit Inkrafttreten der neuen Vorschriften im Februar 63 erlaubnisfreie sowie erlaubnispflichtige Waffen bei der zuständigen Behörde zur Vernichtung abgegeben worden. „Aktuell gibt es in Bremen-Stadt 10 456 legale Waffen in Privatbesitz, im Jahr 2008 waren es noch rund 30 000 Waffen“, teilt die Innenbehörde mit. Deutlich zurückgegangen sei auch die Zahl der Waffenbesitzer: von 5189 im Oktober 2012 auf 1736 Waffenbesitzer zum Stichtag 1. September 2020. Dies sei ein Rückgang um knapp 67 Prozent.

Laut Innenminister Mäurer werden weitere Verschärfungen debattiert: etwa ein Verbot der Waffenausleihe bei Sportschützen sowie der Erwerb erlaubnispflichtiger Waffen erst ab Vollendung des 21. Lebensjahres. SAD

Freimarkt als Freizeitpark

Entscheidung über das Volksfest fällt in einer Woche – Saunen und Messen dürfen mit Auflagen wieder öffnen

VON NINA WILLBORN

Bremen. In einer Woche soll klar sein, ob der 985. Freimarkt in diesem Oktober eröffnet wird. Der Senat will in seiner nächsten Sitzung über Verbot oder Zulassung beschließen, im Moment werden verschiedene Szenarien diskutiert. Schon jetzt steht fest, dass es – so es ihn geben sollte – ein anderer Freimarkt sein wird, als ihn die Bremerinnen und Bremer gewohnt sind. Ohne Partys in Halle 7, sie wurden bereits abgesagt, und womöglich komplett ohne Alkoholausschank. Eine der möglichen Varianten umriss am Dienstag Wirtschaftsministerin Kristina Vogt (Linke): „Der Freimarkt könnte ein temporärer Freizeitpark werden.“ Also mit Rundum-Zaun auf der Bürgerweide, ohne Eintrittsgeld, aber mit einem Ticket-System, über das Besucher zurückverfolgt werden können und mit einem reduzierten Angebot von Fahrgeschäften, um ausreichend breite Laufwege zu schaffen.

Temporäre Freizeitparks sind in den vergangenen Monaten als Ersatz für abgesagte Volksfeste in vielen deutschen Städten wie Aachen, Bielefeld und München entstanden. Die Entscheidung will der Senat aber nicht ohne die Schausteller treffen, spätestens für Ende der Woche sind Gespräche geplant. „Wir werden nicht über ihre Köpfe hinweg entscheiden“, sagte Vogt. „Sie müssen klipp und klar sagen: Das können wir machen, das aber nicht.“ Rudolf Robrahn, Vorsitzender des Bremer Schaustellerverbandes, hält eine Bremer Variante, also sozusagen einen „Freipaak“ statt des „Freimaaks“, nicht nur für denkbar

– sondern hat mit seinen Kollegen bereits einen Antrag für einen solchen eingereicht. Der ist zwar in erster Linie als Alternative für den Fall gedacht, dass der Senat den Freimarkt absagt, könnte aber auch als Blaupause für die Corona-Variante des größten Volksfests Norddeutschlands dienen. „In den anderen temporären Freizeitparks wird bereits mustergültig bewiesen, dass man den Abstands- und Hygieneregeln einhalten kann“, sagte Robrahn. „Wir wollen auch in Bremen gerne beweisen, dass unsere Konzepte funktionieren.“

Ein Freimarkt als Freizeitpark wäre räumlich eingeschränkt, ausgeweitet werden sollte er aus Sicht von Robrahn dafür zeitlich. „Wir würden das dann gerne schon ab Anfang Oktober und über vier Wochen machen, damit wir die Herbstferien drin haben“, sagte er. So ließe sich die Zahl der Besucher entzerren und Tage mit großem Andrang vermeiden. Oldenburg hat Ähnliches bereits beschlossen: Dort startet ein eingegrenztes Volksfest als Ersatz für den Kramermarkt am 17. September. Über den Weihnachtsmarkt soll erst später im Herbst und auch in Absprache mit Niedersachsen entschieden werden.

Messen: Grünes Licht für die Urlaubsmessen Reiselust und Caravan (6. bis 8. November). Abstand, ein umfangreiches Hygienekonzept und Nachverfolgung der Kontakte: Wenn diese Auflagen erfüllt sind, sind Messen künftig wieder erlaubt. Das hat

der Senat am Dienstag innerhalb einer neuen Rechtsordnung beschlossen und damit Ausnahmen bei den grundsätzlich bis Jahresende verbotenen Großveranstaltungen mit mehr als 1000 Teilnehmern zugelassen. „Damit holen wir nun nach, was andere Bundesländer schon geregelt haben“, sagte Wirtschaftsministerin Vogt. Ein Punkt bei der Entscheidung sei gewesen, dass man den Messestandort Bremen als wichtigen Wirtschaftsfaktor nicht gefährden wolle. Mit diesem Argument hatten sich vergangene Woche auch Mitarbeitervertreter der Gesellschaft M3B an den Senat gewandt und die Anpassung an die Standorte in Hannover oder Hamburg gefordert. Grundsätzlich gelte aber, darauf wies auch Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) hin: Alle Ausnahmen würden „unter Vorbehalt“ erteilt und abhängig von der Entwicklung der Infektionszahlen auch wieder zurückgenommen werden.



Kristina Vogt
FOTO: KUHAUPT

Saunen: Ein weiterer Bereich, in dem das Öffnungsverbot aufgehoben wird, sind die Saunaklubs. Ab Donnerstag, 3. September, darf wer will, auch in Bremen wieder kommerziell saunieren. Damit hat sich Bremen als letztes Bundesland entschieden, das Verbot aufzuheben. „Wir waren aus Sorge um das infektiologische Geschehen sehr restriktiv, aber wir haben unsere Prognose angepasst“, sagte Bovenschulte. „Aufgrund der Erfahrungen der anderen Bundesländer haben wir uns dazu

„Corona-Delle“ kleiner als im deutschen Durchschnitt

Einweisungszahlen von Infarkt- und Schlaganfallpatienten gingen in Bremer Kliniken weniger stark zurück

VON JOERG HELGE WAGNER

Bremen. Von einer „Corona-Delle“ spricht die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) in ihrer jüngst veröffentlichten Analyse: Danach sind wegen der Corona-Pandemie in den Kliniken die Einweisungszahlen anderer Schwerkranker deutlich gesunken. In den Monaten März bis Mai betraf dies vor allem Menschen mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und psychischen Erkrankungen. In Bremen sind die Rückgänge bei diesen Krankheitsfällen zwar ebenfalls deutlich, aber doch nicht so stark wie im Bundesdurchschnitt.

„Generell gab es in den Corona-Monaten bei den Krankheiten und Störungen des Kreislaufsystems einen Fallzahlrückgang von rund zehn Prozent in den hiesigen Kliniken“, berichtet Jörn Hons, Sprecher der AOK Bremen/Bremerhaven. „Darunter fallen Herzinfarkte, aber eben auch andere Herz-Kreislauf-Krankheiten.“

Die Handelskrankenkasse (HKK) verzeichnete hingegen im März und April nur einstellige Rückgänge bei den Herzinfarkten, im Mai waren es dann gegen den Trend mehr als 20 Prozent – allerdings bei einer „insgesamt sehr geringen Fallzahl“, wie Sprecher Ilja Mertens betont. Nach der DAK-Analyse wurden bundesweit allein im März 26,6 Prozent weniger

Infarkt-Patienten aufgenommen als im Jahr zuvor. Im Mai waren es immer noch 13,8 Prozent weniger.

Für den Klinikverbund Gesundheit Nord (Geno) nennt Sprecherin Karen Matiszick keine Prozente, sondern beispielhaft absolute Zahlen. Im Klinikum Links der Weser habe man im Januar noch 161 Infarktpatienten behandelt, im März dann nur noch 134, im Juli wieder 149. Ähnlich, aber es etwas flacher, sei die Entwicklung der Fallzahlen bei den Schlaganfällen im Klinikum Mitte verlaufen.

„Durchaus besorgniserregend“

„Bei Notfällen wie Herzinfarkt und Schlaganfall ist ein Nachholen der Behandlung natürlich nicht möglich“, räumt Matiszick ein. Insofern sei der Rückgang der Fallzahlen „durchaus besorgniserregend“. Es gebe aber noch keine verlässlichen Zahlen, ob es tatsächlich viele Patienten gibt, deren Langzeitprognose sich verschlechtert hat, weil sie trotz ihrer Symptome nicht ins Krankenhaus gekommen sind.

Mit mehr als 267 000 Versicherten ist die AOK Marktführer unter den Krankenkassen im Land Bremen, entsprechend aussagekräftig sind die jetzt von ihr genannten Zahlen. Auch bei den Krankheiten des Nervensystems – unter anderem Schlaganfälle – gab es laut

Hons einen Rückgang von rund zehn Prozent. Das liegt ebenfalls unter den von der DAK ermittelten bundesweiten Werten.

Schon Ende Juni hatte das Wissenschaftliche Institut der AOK eine erste Auswertung zur Veränderung der Krankenhaus-Fallzahlen durch die Corona-Krise veröffentlicht. Danach gingen in der Lockdown-Phase vom 16. März bis zum 5. April die Behandlungszahlen von Herzinfarkten bundesweit sogar um 31 Prozent zurück. Doch Institutsleiter Jürgen Klauer wies auch darauf hin, dass dies nicht ausschließlich an der Angst der Patienten vor einer Infektion im Krankenhaus liegen müsse: „Denkbar ist beispielsweise ein Absinken des allgemeinen Stresslevels durch Homeoffice und Kurzarbeit.“ Das könnte auch erklären, warum seit Juni dramatische Steigerungen bei den Infarktbehandlungen ausbleiben.

Während auch Hons bei Infarkten und Schlaganfällen keinen Nachholeffekt erwartet, sieht es bei den seelischen Erkrankungen anders aus: „In der Psychiatrie gingen die Behandlungszahlen von März bis Mai ebenfalls stark zurück. Im Juni hatten wir minus vier Prozent im Vergleich zu 2019, im Juli aber plus ein Prozent. Hier rechnen wir damit, dass es einen gewissen Nachholeffekt gibt.“ Die einschlägigen Kliniken seien inzwischen wieder ausgelastet. Und die AOK erwartet, dass es im Au-

gust und September deutlich mehr Behandlungen gibt als 2019. HKK-Sprecher Mertens hingegen rechnet nicht damit. „Hier pendeln sich die Aufnahmezahlen langsam wieder auf dem Vorjahresniveau ein.“

Zwölf Betten reserviert

Einen Nachholbedarf sieht Geno-Sprecherin Matiszick eher bei den planbaren Operationen, die wegen der Corona-Krise verschoben wurden. „Notfälle – auch solche, die nichts mit Covid-19 zu tun hatten – wurden natürlich immer behandelt“, betont sie. Allerdings könne man die Operationssäle auch jetzt maximal zu 90 Prozent auslasten, da man immer noch Kapazitäten für Covid-19-Patienten freihalten müsse. Ausschließlich für sie seien auch weiterhin zwölf Intensivbetten reserviert. Für jedes dieser Betten zahlt der Bund den Kliniken eine Tagespauschale von 560 Euro.

Bei den stationären Behandlungszahlen, welche die AOK Ende Juni für die Lockdown-Phase ermittelt hat, fällt noch der Ländervergleich auf. Danach war der Rückgang in Bremen mit 35 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 39 Prozent. Auch Niedersachsen blieb knapp darunter (38). Am stärksten war der Rückgang laut AOK-Studie in Rheinland-Pfalz (43), am niedrigsten in Sachsen (34).

Bürgerschaft bleibt offenes Haus

Bremen. Die Bremische Bürgerschaft sieht sich in Sicherheitsfragen gut gerüstet. Wie eine Sprecherin am Dienstag mitteilte, gibt es ein umfassendes Konzept für Risikolagen.

Am Sonntagabend war es bei einer Anti-Corona-Demo in Berlin zu Ausschreitungen gekommen, Hunderte Rechtsradikale und weitere Demonstranten hatten am Abend die Absperrungen des Reichstags, der Sitz des Bundestages ist, durchbrochen und sich auf einer Treppe versammelt. Einige von ihnen schwenkten schwarz-weiß-rote Reichsflaggen. Zunächst stellten sich ihnen nur drei Polizisten in den Weg (wir berichteten).

In der Bürgerschaft gab es für sämtliche Veranstaltungen, also auch die Bürgerschaftssitzungen, entsprechende Strategien, sagt die Sprecherin weiter. „Die Bremer Polizei unterstützt uns dabei sehr gut.“ Zudem verweist sie darauf, dass der Spitze des Hauses ein echter Sicherheitsprofi vorsteht: Bürgerschaftsdirektor Hans-Joachim von Wachter ist ehemaliger Leiter des Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz. Dennoch setzt die Bürgerschaft auch nach den Ausschreitungen in der Hauptstadt darauf, ein Haus für alle bleiben zu wollen. „Wir sind ein offenes Haus“, sagt die Sprecherin. BEM